



## **Auswertung der US-Präsidentschaftswahl: 08. November 2016**

---

### Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b> .....	<b>2</b>
<b>2</b>	<b>Das Wahlsystem der Vereinigten Staaten von Amerika: Die Präsidentschaftswahl</b> .....	<b>6</b>
<b>3</b>	<b>Zahlen, Daten, Fakten</b> .....	<b>8</b>
<b>4</b>	<b>Bundestaaten</b> .....	<b>112</b>
<b>5</b>	<b>Veränderung von Wahlkämpfen durch Wahlprognosen, Big Data und Social Bots</b> .....	<b>15</b>
<b>6</b>	<b>Politik- und Presseschau</b> .....	<b>17</b>
<b>7</b>	<b>Ausblick</b> .....	<b>19</b>

## 1 Einleitung

Donald Trump wird mit einem knappen Ergebnis 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Seine Amtseinführung beginnt am 20. Januar 2017. Hillary Clinton hat zwar insgesamt die meisten Stimmen der amerikanischen Wähler\_innen bekommen, die Mehrzahl der Wahlmänner und -frauen in den Bundesstaaten allerdings nicht. Diese Wahl ist sehr knapp ausgefallen.

Die Republikaner verfügen erstmals seit 1928 mit dem Präsidenten zugleich über eine Mehrheit im Kongress (Senat und Abgeordneten- oder Repräsentantenhaus). Die Demokraten haben 48 Sitze von 100 Sitzen im Senat. Die Republikaner 51 Sitze. Im Abgeordnetenhaus haben die Demokraten 193 Sitze von 435 Sitzen. Die Republikaner 239. Die übrigen Sitze entfallen in beiden Kammern auf unabhängige Kandidaten, die zumeist den Demokraten nahestehen.

Für den Sieg bei den Präsidentschaftswahlen müssen mindestens 270 Wahlmänner und -frauen in den Bundesstaaten gewonnen werden. Trump konnte 279, Clinton nur 228 Wahlmänner und -frauen gewinnen.<sup>1</sup> Und dass obwohl Clinton 59.814.018 Stimmen und Trump nur 59.611.678 Stimmen auf sich vereinen konnten.<sup>2</sup>

Diese Wahl wurde durch den Gewinn der „Rust belt“ – Staaten (Pennsylvania, Ohio, Indiana, Michigan und Wisconsin) durch die Republikaner entschieden. In Wisconsin gewannen die Republikaner zuletzt 1988. In fast allen dieser Staaten konnte Trump knapp gewinnen und die untere abstiegsbedrohte Mittelschicht auf seine Seite ziehen.

Der Ausgang der US-Wahl ähnelt sehr dem Ausgang von aktuellen Wahlen in Europa, die populistische Entscheidungen und Parteien stärkten und prägten:

a) Die „abstiegsbedrohte Mittelschicht“ umfasst ca. einen Anteil von 15 bis 20 Prozent der Wählerschaft. Für sie ist der „White Angry Man“ charakteristisch. Das sind ältere, nicht-akademisch-gebildete, weiße Mittelschichtsmänner, die aus Industrieregionen im „Niedergang“ (industrial midwest inclusive rust belt) stammen und von Abstiegsängsten und dem Gefühl politischer Apathie geprägt sind. Sie galten lange Zeit als klassisch sozialdemokratisches Wählerklientel mit gewerkschaftlichem Hintergrund. Schätzungen sprechen von bis zu 14 Prozent Lohnrückgang dieser unteren Mittelschicht allein während der letzten Amtsperiode (2012-2016) von Barack Obama. Neben dem „White Angry Man“ wählten aber auch noch diverse andere kleine Wählergruppen (desillusionierte Hochschulabsolventen, verarmte Veteranen, verschuldete Haushalte aus der Finanzkrise etc.) Trump aus dem Motiv heraus, „dem Establishment eine Abfuhr zu erteilen“.

Es bestehen auffällige Ähnlichkeiten zwischen den USA und Europa bei der Betrachtung der Wahlkreise, in denen Trump das klassische Arbeitermilieu erreichte.

Im Wyoming River Valley (Pennsylvania) gewannen die Demokraten überzeugend beide Obama-Wahlen. Nun votierten die Wähler\_innen mit zweistelligem Abstand für Trump. In Youngstown (Ohio) gewann Obama noch mit 20 Prozentpunkten Vorsprung die letzte Wahl. Nun gewann Trump diesen Wahlkreis mit einem genauso hohen Abstand zu den Demokraten.

Diese beiden extremeren Beispiele ähneln dem Wahlverhalten in europäischen niedergehenden Industrieregionen: ob Leeds beim BREXIT, Mannheim-Nord und Bitterfeld bei den letzten Landtagswahlen mit der AfD, Lille bei den letzten Regionalwahlen in Frankreich mit der Front National, Västergötaland in Schweden mit den Schwedendemokraten etc.

b) Wieder einmal lagen die Umfragen völlig daneben. Die Demokratische Partei hatte in ihren Umfragen die weiße, untere Mittelschicht in den *Swing States* vernachlässigt und wird hierfür in der parteiinternen Diskussion verantwortlich gemacht. Beim BREXIT und den letzten Landtagswahlen in Deutschland standen die Meinungsforschungsinstitute auch massiv in der Kritik. (siehe auch Kapitel 5)

c) Wieder konnten Nichtwähler\_innen mit „einfachen dumpfen Parolen“ mobilisiert werden und wieder einmal widersprechen sich die versprochenen politischen Inhalte und der soziale Status der Wähler\_innen in weiten Teilen. Z.B. wenn Frauen trotz seiner offensichtlich sexistischen Äußerungen Trump wählen, wenn weiße Männer gegen

<sup>1</sup> Quelle: Süddeutsche Zeitung, 10.11.2016.

<sup>2</sup> Quelle: Google.com/AP, 10.11.2016, 14:45

das Establishment wählen wollen und Trump zweifellos ebenso dazu zählt wie Clinton, wenn Hispanics Trump trotz seiner Äußerungen zur Migrationspolitik wählen.

d) Wieder gab es parallel zur Polarisierung der Wähler\_innenschaft eine Polarisierung der Medien. Trump hat die Diffamierung amerikanischer „Leitmedien“ (ABC, New York Times, Washington Post) selber vorangetrieben. Und es gab auch an der Basis der Wähler\_innenschaft starke Abneigungen gegenüber der etablierten Medienöffentlichkeit, die an die Diffamierungen als „Lügenpresse“ durch die Rechtspopulisten in Deutschland erinnern.

Im ersten Tweet des neuen US-Präsidenten Trump kam die Motivation der von Abstieg bedrohten, weißen Mittelschicht deutlich zum Vorschein: „Die Vergessenen werden nie wieder vergessen sein.“

### Die Kandidatin und der Kandidat für die US-Präsidentschaftswahl 2016

Für die Demokraten kandidierte Hillary Clinton, ehemalige First Lady, New Yorker Senatorin und Außenministerin, als erste Frau um das Präsidentenamt. Sie setzte sich in den Vorwahlen (primaries) gegen ihre demokratischen Mitbewerber, insbesondere Senator Bernie Sanders, durch. Ihr republikanischer Herausforderer, der Immobilienunternehmer Donald Trump, hatte die Vorwahlen der Republikaner gegen mehrere Konkurrenten für sich entschieden. Kandidat\_innen anderer Parteien für das Präsidentenamt haben aufgrund der Dominanz (Mehrheitswahlsystem) von Demokraten und Republikanern im amerikanischen Zweiparteiensystem praktisch keine Chance.

### Die Parteien und ihre Wählerschaft

Vor allem im „Rostgürtel“ (rust belt) der USA, wo in der Schwerindustrie viele Arbeitsplätze verloren gingen, schlug Trump die Demokraten überraschend deutlich. In Pennsylvania und Wisconsin liefen viele weiße Wähler\_innen aus der Arbeiterschaft zu den Republikanern über. Clinton schnitt dort aber auch unter Schwarzen und Latinos nicht so erfolgreich ab wie erwartet. Es war wohl die erste Wahl in den USA, bei der so bewusst gegen das politische Establishment gewählt wurde und weniger für ein politisches Versprechen.

Die Kernwählerschaft der Demokraten, die weiße Arbeitnehmerschaft, ist der Partei abhandengekommen. Im Wahlkampf hat Hillary Clinton diese Gruppe vernachlässigt, vielleicht weil sie sich deren Stimmen sicher wähnte, oder keinen Zugang mehr wie Obama zu dieser klassischen Klientel der Demokraten hat. Die Sorgen und Nöte der abstiegsgefährdeten Mittelschicht spielten kaum eine Rolle in der Kampagne. Clinton setzte weiterhin auf die Regenbogenallianz diverser Minderheiten, die scheinbar auch schon Obama an die Macht geführt hat. Es ist bei genauer Analyse aber äußerst fraglich, ob man mit dieser Regenbogenallianz alleine einen Wahlkampf gewinnen kann und Obama nicht eigentlich durch eine damals noch hoffnungsvolle Arbeiterschaft gestützt wurde.

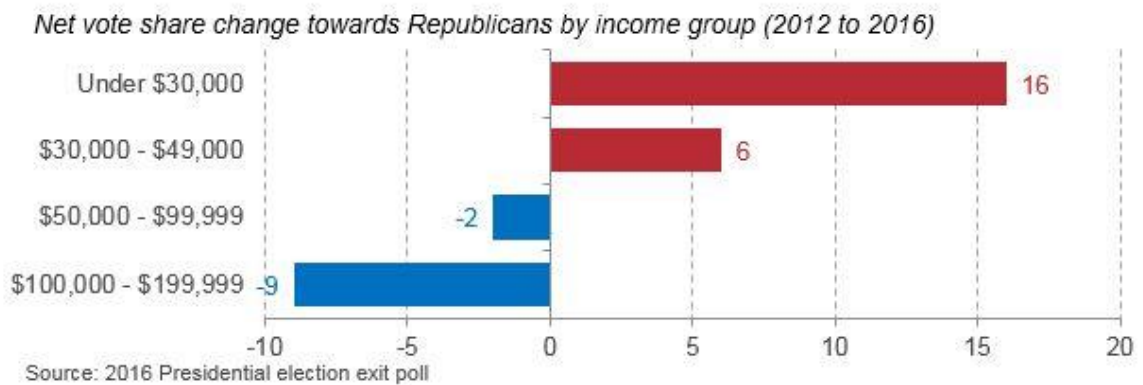
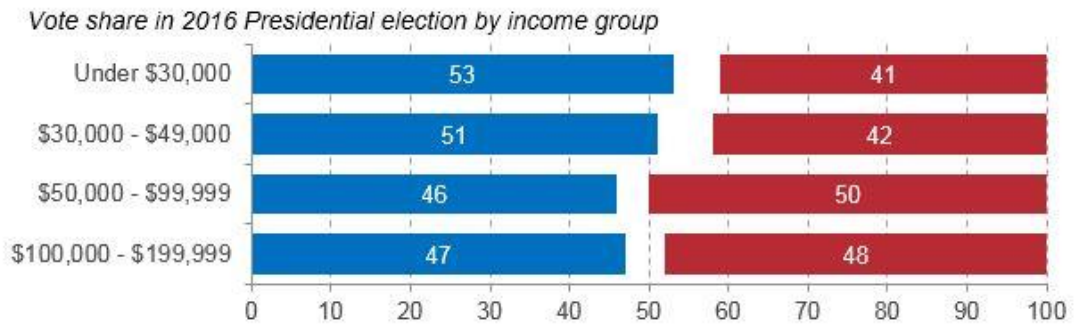
Ähnlich wie in Europa verstand es Trump die Arbeitnehmerschaft, gerade jene Teile, die vormals den Wahlurnen fern blieben, zu mobilisieren. Umgekehrt blieben viele junge, aber auch linke Arbeitnehmer der Wahlurnen fern, die sich von der Demokratischen Partei verprellt fühlten, nachdem Clinton Sanders „abserviert“ hatte. Zudem war es kein Geheimnis mehr, dass Clinton von den immer skeptischer betrachteten Konzernen aus dem Silicon Valley und der Wall Street unterstützt wurde.

Allerdings ist insgesamt gerade mal die Hälfte der Arbeitnehmer\_innen in das Trump-Lager gewechselt. Seine bzw. die republikanische Wählerschaft setzt sich klassischerweise aus Wertkonservativen, Patrioten, kleinen Händlern und Handwerkern, protestantischen Fundamentalisten und Farmern zusammen. Für einige dieser Wählergruppen hatte Trump auch politische Angebote in seinem Programm (Steuererleichterungen, mehr innere Sicherheit etc.), die „eigentlich“ den Interessen einer desillusionierten Arbeitnehmerschaft widersprechen. Dieser politisch-inhaltliche Widerspruch tritt auch in Europa bei der Zustimmung zu Rechtspopulisten häufig zutage.

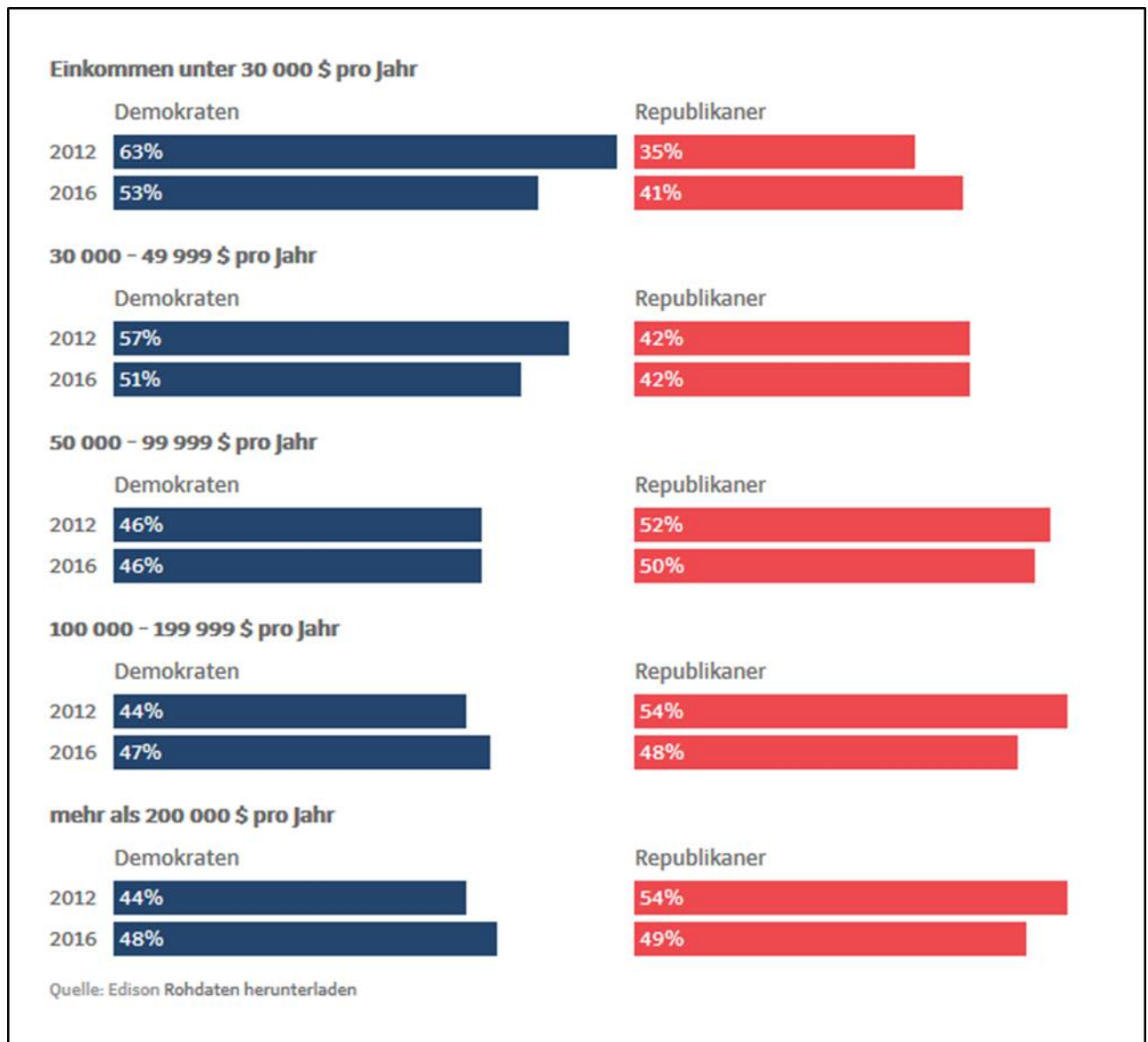
### Wie haben die Arbeitnehmer\_innen gewählt?

Hillary Clinton hat bei den unteren und mittleren Einkommensgruppen einen leichten Vorsprung vor Trump (s.u.). Allerdings hat sie im Vergleich zu den letzten Wahlen enorme Verluste von 16 Prozent im Segment mit einem Jahreseinkommen von unter 30.000 Dollar (s.u.). Clinton konnte allerdings bei Wohlhabenderen Gewinne erzielen. Nun muss man aufgrund der inzwischen „übersichtlichen“ Sozialstruktur in den USA anmerken, dass die unteren und mittleren Einkommensgruppen (bis 50.000 Dollar) mehr als Dreiviertel der Stimmen ausmachen.

Rot: Trump Blau: Clinton



Es zeigt sich: Trumps Strategie, sich in seiner Wahlkampagne voll auf die gefühlten oder realen Verlierer\_innen der Gesellschaft zu konzentrieren, ist aufgegangen. Jede Stimme für Trump ist eine Ohrfeige für die sogenannten Eliten - so hat er sich immer wieder verkauft und dies macht sich auch an seinen geringeren Wählerinnen- und Wählerzahlen im oberen Segment bemerkbar.



Die gewerkschaftliche AFL-CIO-Initiative *Working America* ([www.workingamerica.org](http://www.workingamerica.org)) hat aufgrund eigener Feldforschung zur Wahl folgendermaßen Stellung bezogen:

1. Working America had a huge effect on white working class men -- as a whole they voted 49 points for Trump. If we talked to them, they voted 9 points in favor of Clinton, and 58 point difference. We were overcome by the sweep election.
2. Trump voters fell into 2 distinct categories: the "lock her up" ideologues, and what we call "the searchers" -- people looking for real solutions to intractable problems, who felt abandoned by politics and usual. These people are available to us for progressive solutions.
3. Working America improved African Americans vote choice by 9 points.

4. Working America had a big effect on downticket elections, in North Carolina, we helped elect an African-American state Supreme Court judge, with a 21 point effect on voters from our communications program in a state that went strongly for Trump.

5. In a pilot project, Working America signed up dues-paying members for a union while doing voter contact, a model which suggests we can pay for Working America's community outreach through direct union membership growth.

*(Bis 15 Uhr am 11. November 2016 haben uns noch keine weiteren Zahlen aus den USA zum Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder erreicht. Sie werden als Ergänzung nachgereicht.)*

## **2 Das Wahlsystem der Vereinigten Staaten von Amerika: Die Präsidentschaftswahl<sup>3</sup>**

Gemäß der US-Verfassung wird der/die Präsident\_in alle vier Jahre gewählt und darf nur ein zweites Mal wiedergewählt werden. Der Wahltag ist nach einem Bundesgesetz von 1845 immer der Dienstag nach dem ersten Montag im November. Am selben Tag wählen die Amerikaner\_innen auch die 435 Mitglieder des Repräsentantenhauses. Zudem steht ein Drittel der Sitze des 100-köpfigen Senats neu zur Wahl. Seit den Kongresswahlen im November 2014 besitzen die Republikaner eine parlamentarische Mehrheit.

### Funktion und Rolle der US-Präsidenten im politischen System der USA

Der/die Präsident\_in bekleidet im Regierungssystem der USA das höchste Staatsamt. In diesem Amt sind gemäß Verfassung und politischer Praxis zahlreiche Kompetenzen konzentriert: Er/Sie ist Staatsoberhaupt, Regierungschef\_in, Oberbefehlshaber\_in der Streitkräfte, höchste\_r Diplomat\_in der USA und oberste\_r Verwaltungschef\_in der Bundesbehörden. Zudem gilt der/die Präsident\_in traditionell als Führer\_in seiner/ihrer Partei. Gemäß Verfassung darf der/die US-Präsident\_in kein Parlamentsmandat innehaben. Während der Amtszeit kann er/sie nicht abgewählt werden, wohl aber wegen schwerer Vergehen in einem Absetzungsverfahren (impeachment), an dem beide Häuser des Kongresses beteiligt sind, des Amtes enthoben werden.

### Wahlrecht und Wahlsystem in den USA

Ein\_e Präsidentschaftskandidat\_in muss in den Vereinigten Staaten geboren sein bzw. die US-Staatsbürgerschaft von Geburt an besitzen sowie mindestens 35 Jahre alt sein und 14 Jahre in den USA gelebt haben. Für den/die Vizepräsidentschaftskandidat\_in gelten identische Anforderungen. Allerdings darf er/sie nicht aus demselben Bundesstaat wie der/die Präsident\_in kommen. Wahlberechtigt sind alle amerikanischen Staatsbürger\_innen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Voraussetzung für die Wahlteilnahme ist die Eintragung der Wahlberechtigten in ein Wählerverzeichnis ihres Wohnorts, wobei das Registrierungsverfahren in den Bundesstaaten unterschiedlich ist. Ein nationales Wähler\_innenverzeichnis oder eine bundesweite Norm für die Stimmzettel oder die Wahlrichtungen existieren nicht. Jeder Bundesstaat sowie der District of Columbia bilden bei den Präsidentschaftswahlen ein abgeschlossenes Wahlgebiet.

Im Gegensatz zu den Präsidentschaftswahlen werden bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Organen des Bundes und der einzelnen Bundesstaaten die Wahlgebiete in Wahlbezirke eingeteilt und die Kandidat\_innen nach dem relativen Mehrheitswahlrecht gewählt. Gewählt ist der-/diejenige Kandidat\_in, der/die die meisten Stimmen im Wahlbezirk (voting district) erreicht. Während der/die US-Präsident\_in alle vier Jahre gewählt wird, finden in beiden Häusern des Kongresses alle zwei Jahre Wahlen statt. Im Senat wird dabei jeweils nur ein Drittel aller Senator\_innen neu gewählt. Jeder US-Bundesstaat hat zwei Senator\_innen. Im Repräsentantenhaus richtet sich die Zahl der Sitze für die einzelnen Bundesstaaten nach der Bevölkerungsgröße.

---

<sup>3</sup> Deutscher Bundestag, wissenschaftliche Dienst (2016): Aktueller Begriff. Die Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika.

### Das „Wahlmänner frauen gremium“ (Electoral College) bei den US-Präsidentschaftswahlen

Bei den Präsidentschaftswahlen wird der/die Präsident\_in (und der/die Vizepräsident\_in) nicht direkt durch die Bevölkerung, sondern durch ein Wahlmänner gremium gewählt. Tatsächlich wählen die Bürger\_innen am Tag der Wahl die Wahlmänner und -frauen (electors) ihres Bundesstaates für das Electoral College. Mit Ausnahme von Nebraska und Maine, wo die Stimmen des Electoral College überwiegend proportional verteilt werden, gilt in allen Bundesstaaten sowie im District of Columbia die Regel „the winner takes all“, das heißt, der/die Präsidentschaftskandidat\_in mit der relativen Mehrheit der Wähler\_innenstimmen bekommt alle Stimmen der Wahlmänner und -frauen des jeweiligen Bundesstaates zugesprochen. Die Stimmen für den/die unterlegene\_n Kandidat\_in bleiben unberücksichtigt. Nominiert werden die jeweiligen Elektor\_innen in der Regel von den Parteien. Das Electoral College besteht zurzeit aus insgesamt 538 Elektor\_innen. Ein/e Präsidentschaftskandidat\_in benötigt somit das Votum von mindestens 270 Wahlmännern und -frauen, um die Wahl zu gewinnen. Die derzeitige Größe des Gremiums ergibt sich aus der Gesamtzahl der Sitze des Abgeordnetenhauses (435), des Senats (100) sowie drei weiteren Mitgliedern für den District of Columbia. Damit hat jeder Bundesstaat genauso viele Vertreter\_innen im Electoral College wie er Mitglieder im Kongress hat. Die US-Staaten, die derzeit besonders viele Elektoren stellen, sind Kalifornien (55), Texas (38), New York (29), Florida (29), Pennsylvania (20), Illinois (20) und Ohio (18). Die besonderen Eigenheiten des Verfahrens führen dazu, dass das Gesamtergebnis wesentlich von dem Ergebnis in den wenigen Bundesstaaten bestimmt wird, wo das Stärkeverhältnis der beiden großen Parteien in etwa gleich ausfällt und folglich die Mehrheiten häufiger wechseln („swing states“).

### Wahl und Vereidigung der US-Präsident\_innen

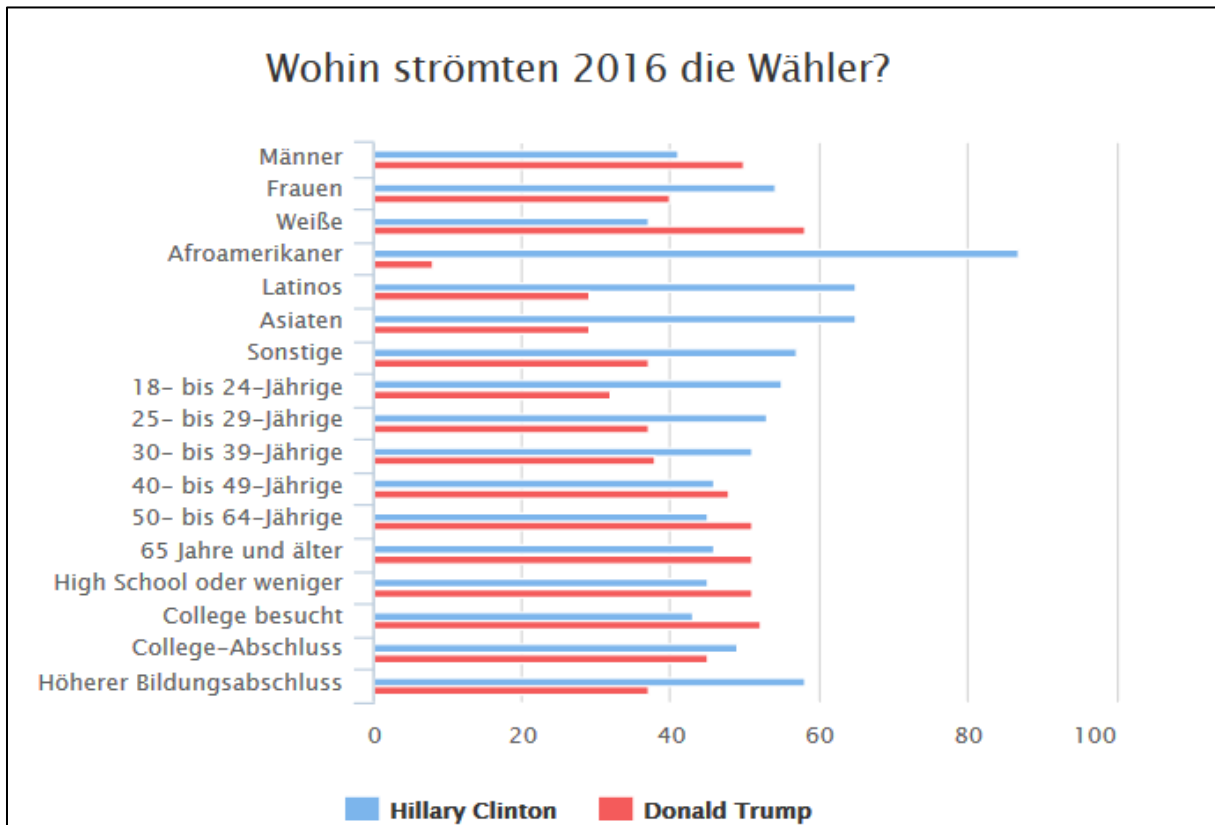
Das Electoral College tritt nicht als Ganzes zusammen. Nach den Präsidentschaftswahlen kommen die Wahlmänner und -frauen eines Bundesstaats am ersten Montag nach dem zweiten Mittwoch im Dezember (2016: 19. Dezember) in der Hauptstadt jedes Bundesstaates zur offiziellen Stimmabgabe (Meeting of Electors) zusammen und wählen gemäß dem Wahlergebnis in ihrem Bundesstaat ihre Kandidat\_innen. Die das Wahlergebnis dokumentierenden „Certificates of Vote“ werden von den Elektor\_innen unterschrieben und versiegelt u.a. an den/die Senatspräsident\_in und den Archivar\_in der Vereinigten Staaten von Amerika nach Washington geschickt. Am 6. Januar des darauf folgenden Jahres kommen die beiden Kammern des US-Kongresses zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um die Stimmen der Elektor\_innen auszuzählen (Counting Electoral Votes in Congress). Nach Ende der Auszählung verkündet der/die Präsident\_in des Senats, wer zum/zur Präsident\_in und zum/zur Vizepräsident\_in gewählt worden ist. Am 20. Januar des der Wahl folgenden Jahres werden Präsident\_in und Vizepräsident\_in in Washington vereidigt und in ihr Amt eingeführt. Dabei hält der/die Präsident\_in seine/ihre Amtsantrittsrede (Inaugural Address).

### 3 Zahlen, Daten, Fakten

Die **Wahlbeteiligung lag bei 53,1 %** und damit ein wenig unter der Wahlbeteiligung von 54,9 % im Jahr 2012. Gerade in den wichtigsten „Swing States“ (Florida, Ohio, North Carolina) konnte Trump zusammengenommen mit 48 % zu 47 % (Clinton) dank der Stimmen aus der abstiegsbedrohten Mittelschicht knapp gewinnen. Florida, Iowa, Ohio und Wisconsin hatte Barack Obama 2012 noch gewonnen. Dort, wo Trump viele Nichtwähler und auch ehemalige Demokraten für sich mobilisieren konnte, liegen häufig die deindustrialisierten Wirtschaftsregionen, oder die von der Schließung bedrohten Kohlegruben. Der Wahlausgang belegt: Amerika ist gespalten zwischen jungen und alten Wählern, zwischen Frauen und Männern, zwischen Provinz und Metropole, zwischen „Weißen“ und „Schwarzen, Hispanics und Migranten“.

Laut Umfragen haben sogar 30 % der von Trump beschimpften Hispanics ihm die Stimme gegeben. Nicht-weiße Wähler haben zu 74 % Clinton gewählt (CNN). Mit nur 4% hatte Trump den geringsten Wähleranteil bei schwarzen Frauen. Den höchsten Wähleranteil hatte er bei weißen Männern mit 63 %. Schwarze Frauen stellten 7 % der Wählerschaft, weiße Männer stellten 34 % der Wählerschaft (CNN). Mehr als die Hälfte (52%) der WählerInnen sind Protestanten. Trump hat bei ihnen 58 % seiner Stimmen gewonnen.

Der Blick auf die Nachwahlbefragung des Senders CNN zeigt: die Jüngeren und die Frauen sowie die Afroamerikaner\_innen gaben Clinton ihre Stimme, die Älteren sowie die Männer votierten mehrheitlich für Trump:



Quelle: Nachwahlbefragung CNN / <http://bit.ly/2eVTars>





# US-Wahlergebnisse 2016

Aktualisiert: 10.11.2016 14:45 MEZ

## Donald Trump hat die Präsidentschaftswahl gewonnen

31 Stimmen noch offen



Clinton  
228

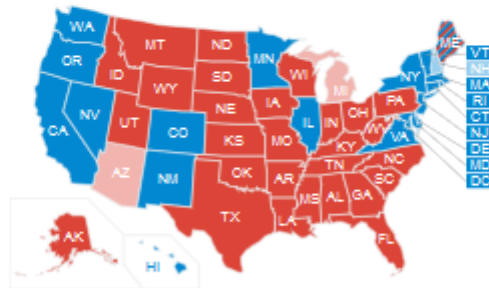


Trump  
✓ 279

59.814.018 Stimmen

270 für den Sieg

59.611.678 Stimmen



■ Gewonnen ■ In Führung

99 % ausgezählt

Stimmen



**Donald Trump**  
Republikanische Partei

**47 %**

59.611.678



Hillary Clinton  
Demokratische Partei

48 %

59.814.018



Gary Johnson  
Libertarian Party

3 %

4.058.500



Jill Stein  
Green Party

1 %

1.213.103

Weitere Kandidaten

0,7 %

802.119

## Die Republikaner behalten die Mehrheit im US-Senat



Demokraten  
48

Republikaner

✓ 51



51, um die Mehrheit zu erlangen

## Die Republikaner behalten die Mehrheit im US-Repräsentantenhaus



Demokraten  
192

Republikaner

✓ 239



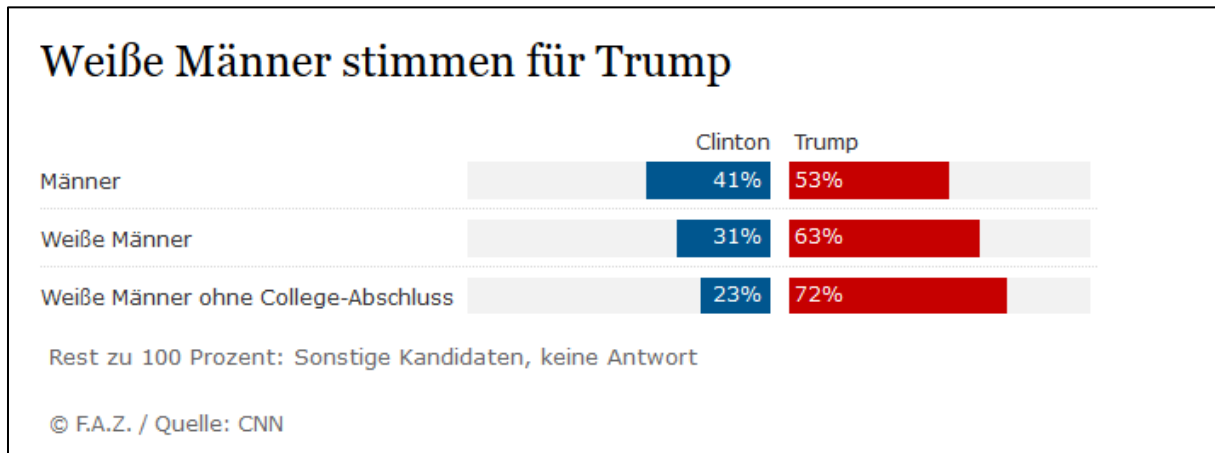
218, um die Mehrheit zu erlangen

Quelle:  
google.com/AP

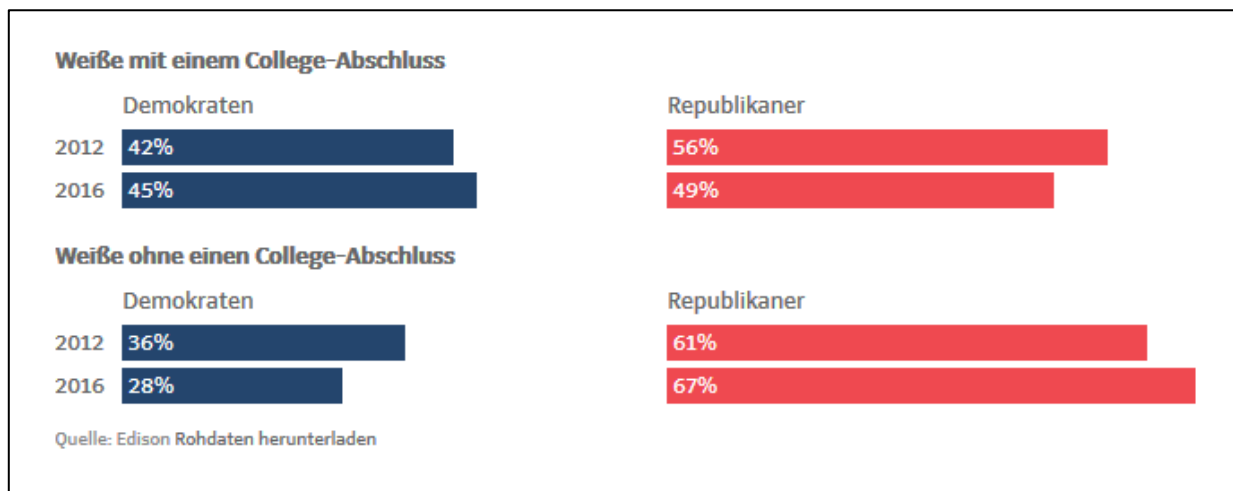
Trump konnte  
so viele Wähler\_innen  
mobilisieren, wie

es kaum jemand für möglich hielt. Allen voran scharte sich die weiße Arbeiter\_innenklasse hinter ihm - insbesondere weiße Männer. Offenbar haben die Meinungsforscher\_innen deren Wahlbeteiligung unterschätzt oder falsch

eingeschätzt. Aufgrund alter Nachwahlbefragungen, die nun angezweifelt werden, ging man zudem davon aus, dass Obama unter weißen, männlichen Arbeitern nur wenige Unterstützer fand – und trotzdem gewinnen konnte.

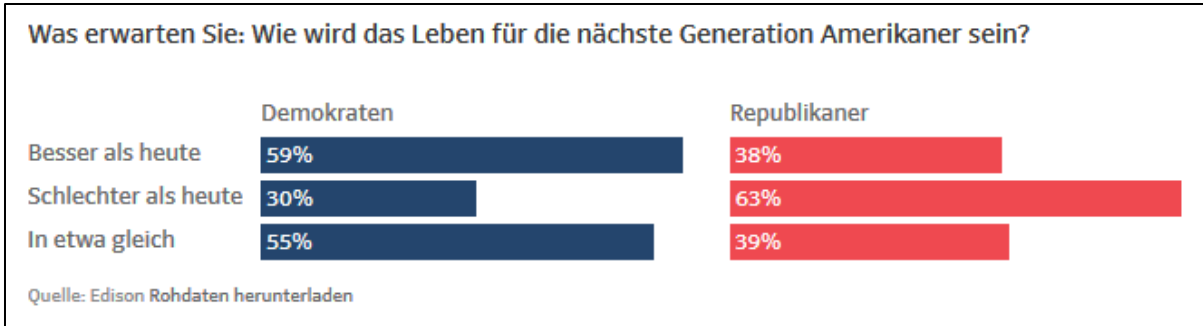


Die Weißen ohne College-Abschluss haben laut CNN zu 72 Prozent Trump gewählt. Laut der Nachwahlbefragung von Edison waren es nur 67 Prozent, die Republikaner gewählt haben. Dieser Effekt führte bei den Pressereaktionen zur Wahl zu teils wüsten Beschimpfungen des sog. „white trash“. In den Sozialen Medien brachte es Meike Lobo mit folgendem Tweet auf den Punkt: „Für jedes ‚dumm‘, mit dem Bildungsbürger Trump-Wähler abwatschen, bekommt irgendwo auf der Welt eine Rechtspartei eine Wählerstimme.“

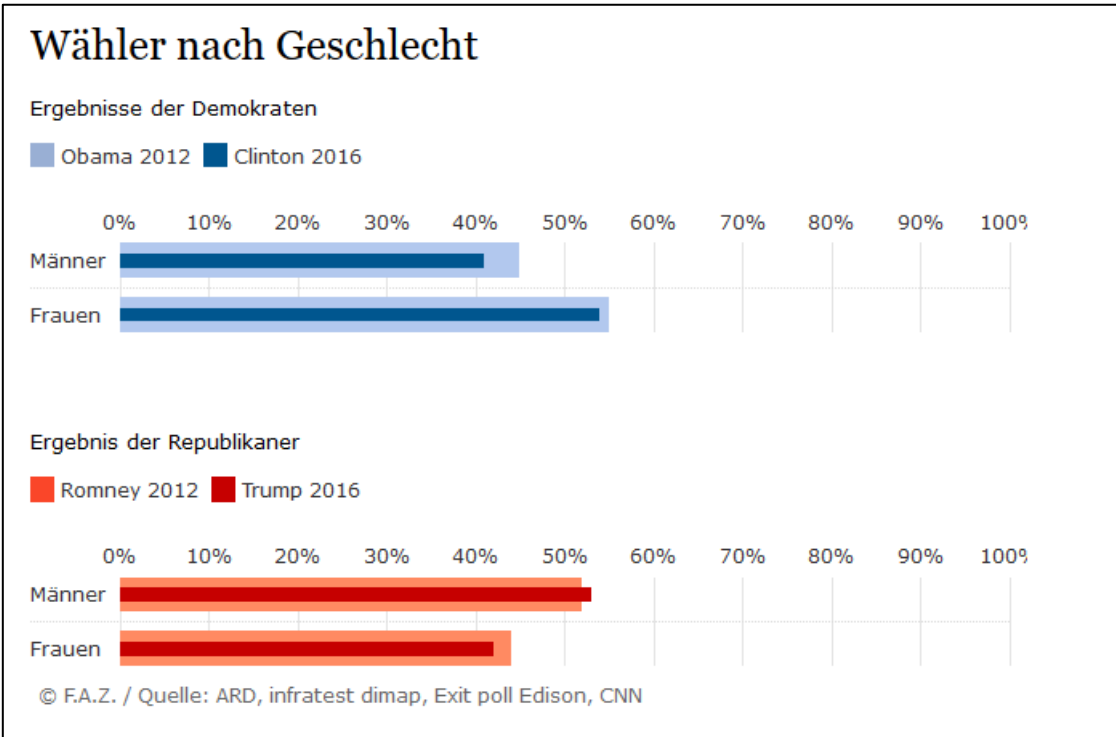


Clinton wollte als erste US-Präsidentin eigentlich für Fortschritt und Stabilität stehen. Das kauften ihr die Wähler\_innen aber nicht ab. Viele misstrauten ihr, sahen sie als Teil eines verkrusteten und korrupten politischen Establishments.

Etwas mehr als 60 Prozent der Trump-Wähler\_innen befürchten, dass das Leben der kommenden Generation schlechter verlaufen wird als das der heutigen. Fast 80 Prozent der Trump-Wähler\_innen schätzen die derzeitige finanzielle Situation verglichen zu 2012 schlechter ein. Für fast 70 Prozent sind die USA auf dem falschen Weg. Clinton-Wähler\_innen hingegen blicken optimistischer in die Zukunft.



Die Frauen konnte Clinton im erhofften Umfang für sich gewinnen. Trumps Prahlerei mit sexuellen Übergriffen hat allerdings viele Frauen nicht davon abgehalten, ihn zu wählen. Es gilt: Trump verlor weniger Wählerinnen, als er Wähler auf seine Seite ziehen konnte.



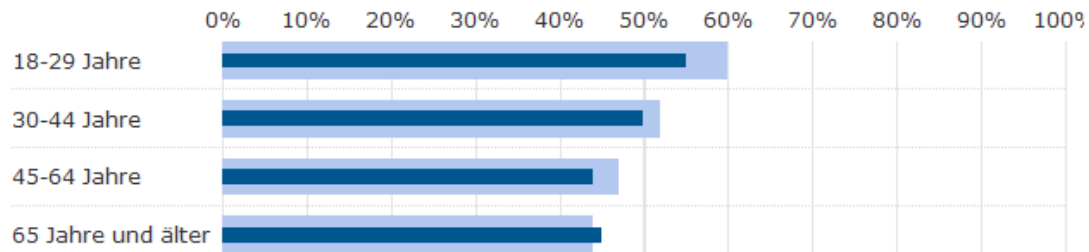
Clinton konnte Trumps Vorsprung nicht durch die Stimmen von Schwarzen, Hispanics und Amerikaner\_innen mit asiatischen Wurzeln wettmachen. Sie kam bei ihnen spürbar schlechter an als einst Barack Obama im Duell mit Mitt Romney. Viele hatten erwartet, dass Trump die Minderheiten mit seinen rassistischen Sprüchen abschrecken würde, etwa mit seiner Ankündigung, an der mexikanischen Grenze eine unüberwindliche Mauer bauen zu wollen, oder seine radikalen Äußerungen zur Ausweisung illegaler Immigrant\_innen. Doch dieser Abschreckungseffekt blieb offenbar aus.

Auch bei den jungen Wähler\_innen und Erstwähler\_innen konnte Clinton nicht wie erhofft punkten. Nachwahlbefragungen offenbaren: In der Altersgruppe zwischen 18 und 29 Jahren „fehlten“ ihr mindestens sechs Prozentpunkte gegenüber Obamas Wahlergebnis von 2012. Verluste erlitt sie auch in den übrigen Altersgruppen; allein bei den Senior\_innen, die älter als 65 Jahre sind, hat Clinton einen Hauch mehr Stimmen erhalten als Obama.

# Wähler nach Altersgruppen

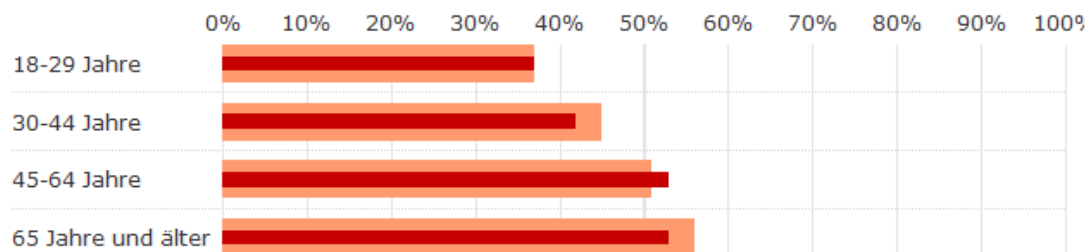
## Ergebnisse der Demokraten

■ Obama 2012 ■ Clinton 2016



## Ergebnisse der Republikaner

■ Romney 2012 ■ Trump 2016



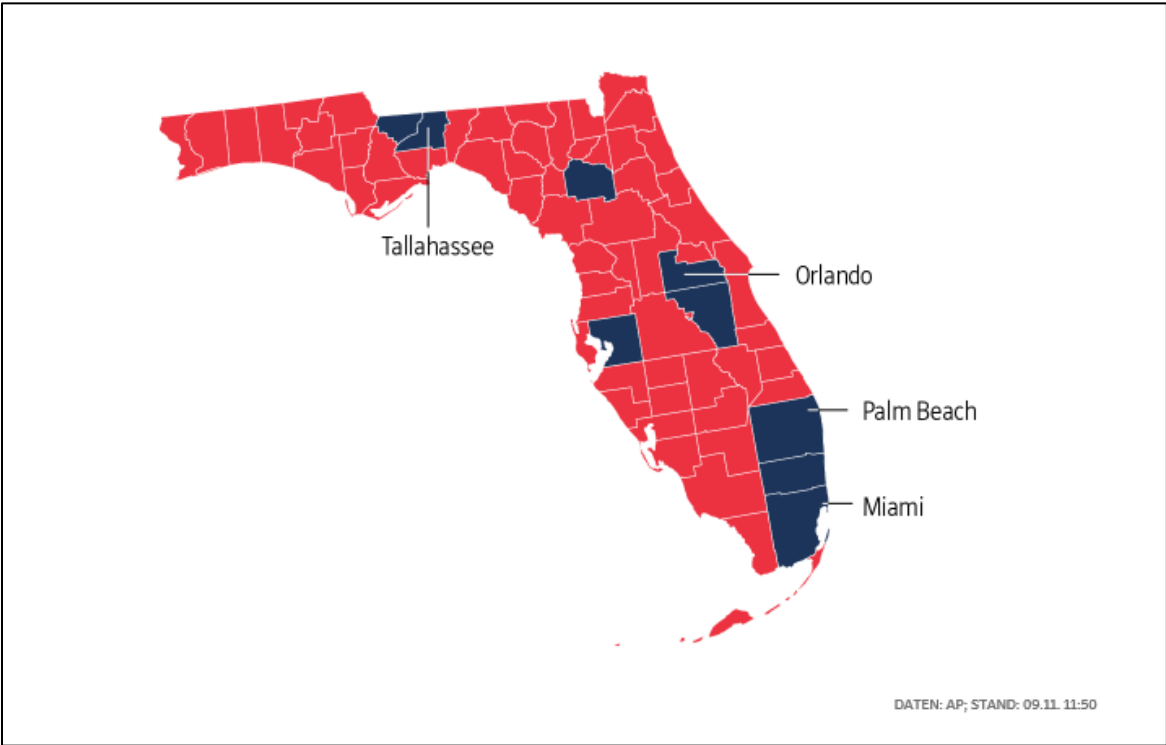
© F.A.Z. / Quelle: CNN

## 4 Bundestaaten

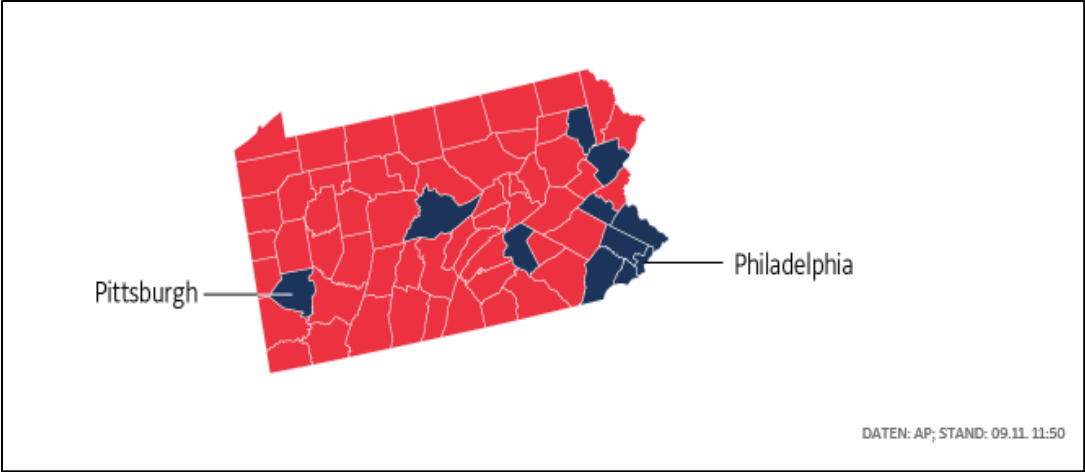
Die Dominanz der Trump-Wähler in den alten und neuen Swing States Florida, Pennsylvania, Ohio und Wisconsin erklärt den Wahlausgang. Auffallend ist hier der Unterschied zwischen Provinz und Metropole beim Wahlverhalten.

Wahlbezirke, die an Donald Trump gingen, sind rot und Wahlbezirke, die Hillary Clinton gewonnen hat, blau markiert.

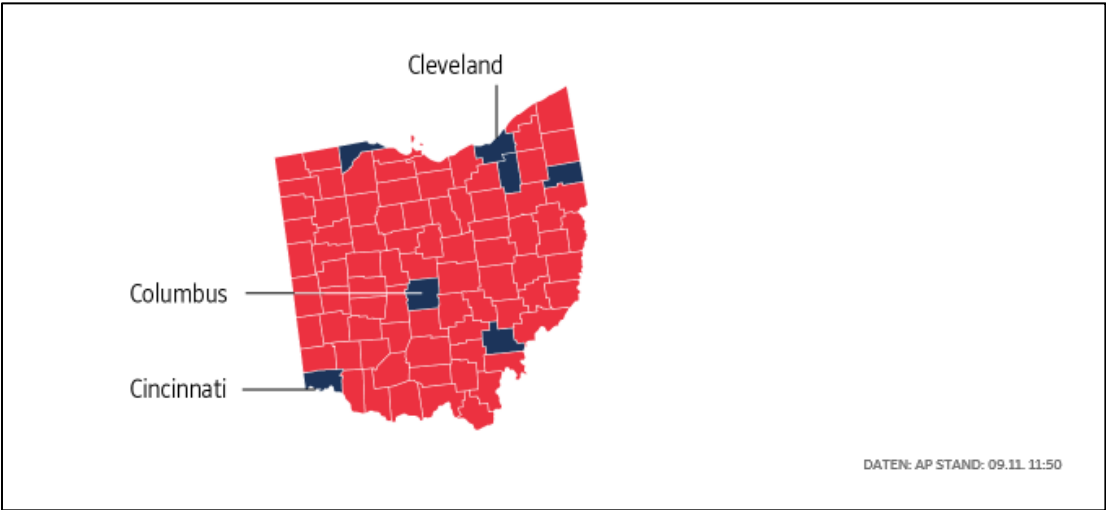
Florida



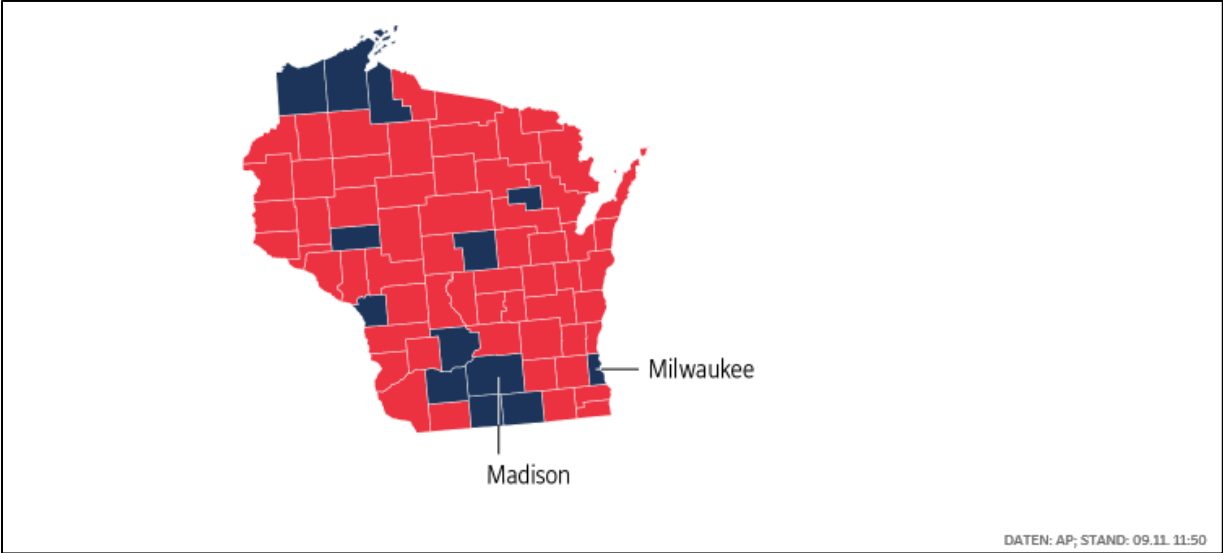
Pennsylvania



Ohio



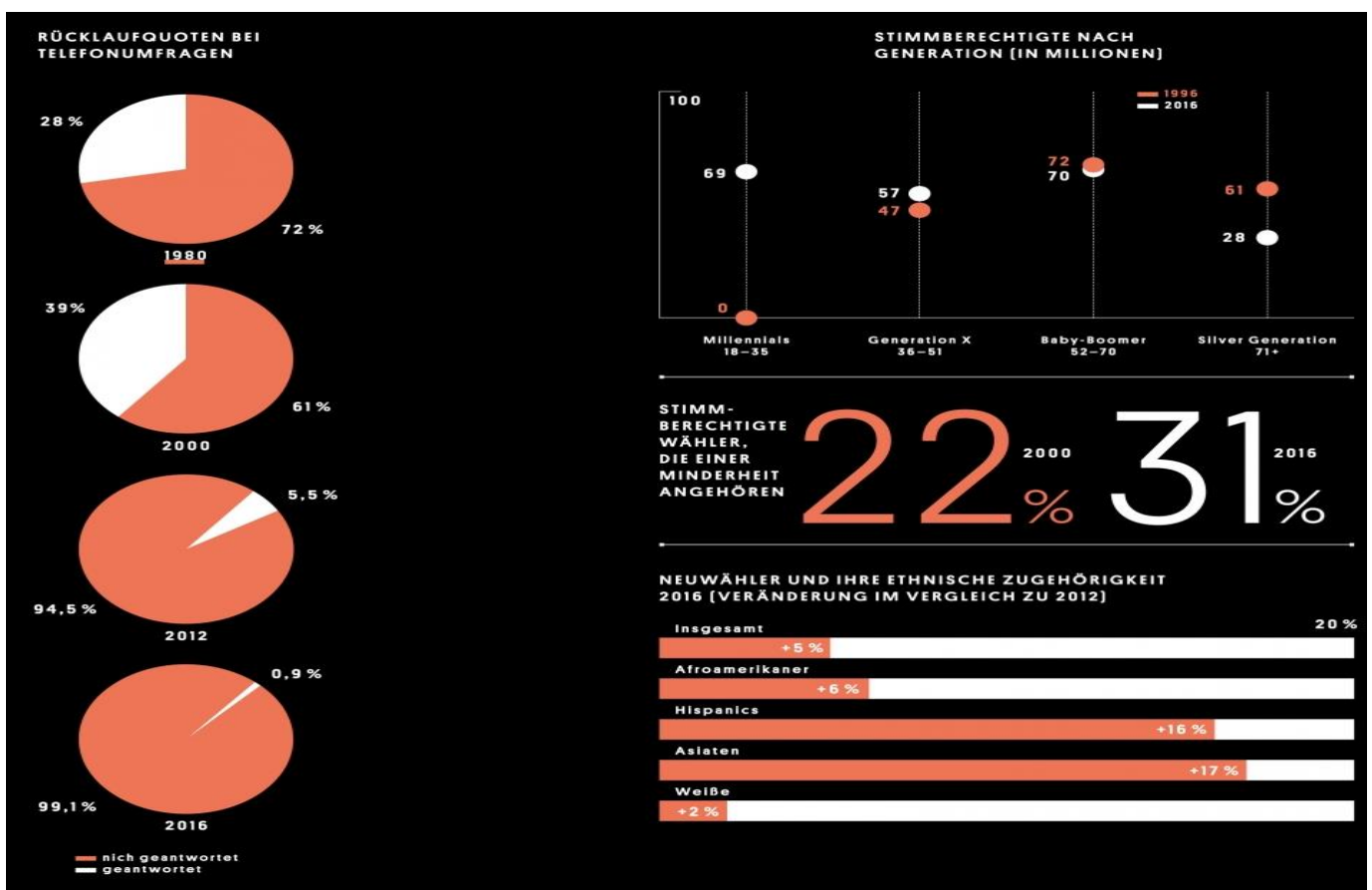
Wisconsin



## 5 Veränderung von Wahlkämpfen durch Wahlprognosen, Big Data und Social Bots

Die amerikanischen Prognose-Institute stecken seit etwa einem Jahrzehnt in einer Krise: Ihre althergebrachten Methoden eignen sich immer weniger für zuverlässige Vorhersagen über das Wahlverhalten der Amerikaner\_innen. Auch bei den Wahlen 2016 zeigten sich massive Fehler in den Wahlprognosen. Zwar holte Trump im Rennen um das Weiße Haus auf, doch laut Umfragen hätte Clinton die Wahl für sich entscheiden müssen. Gallup, eines der bedeutendsten Umfrage-Institute Amerikas, hat diesmal keine Vorhersagen zum Präsidentschaftsrennen veröffentlicht. Das Risiko, Fehlprognosen zu veröffentlichen, erschien Gallup offenbar zu groß.

Das klassische Tool der Zufallstelefonbefragung funktioniert nicht mehr, weil immer weniger Menschen noch Festnetzanschlüsse haben, Befragungen über Mobilfunk zu teuer sind und die Rücklaufquote bei Telefoninterviews 2016 auf 0,9 Prozent geschrumpft ist. Außerdem engt sich der demografische Bereich der Bevölkerung ein, den man auf diesem Wege erreicht. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine ältere weiße Frau ans Festnetztelefon geht, ist in den USA heute 21-mal höher, als dass ein junger Hispanic abnimmt. Entsprechend sind Telefonbefragungen oft nicht mehr repräsentativ.<sup>4</sup>



wachsenen Amerikaner\_innen. Der Name jede\_r Wähler\_in wurde mit einer Identifizierungsnummer verbunden – einer Art lebenslangen Politpassnummer –, mit der jeder Mensch nachverfolgt werden kann, egal, wie oft und wohin er oder sie umzieht. Im Rahmen des Obama-Wahlkampfes 2012 wurden neue Methoden der Datenerhebung entwickelt. Das Start-Up Civis versucht, ein neues Modell der Umfrageerstellung anzubieten und half den Demokrat\_innen in der Wahlkampfschlussphase dabei, die datenintensivste Kampagne aller Zeiten zu führen.

Allerdings helfen die neuen Datenerhebungsmethoden allein wenig. Ted Cruz und Jeb Bush lagen mutmaßlich wesentlich bessere Daten über die Wähler\_innen der Republikaner vor als Donald Trump, und trotzdem haben sie gegen ihn verloren. Inwieweit sich Donald Trump auf Wahlprognosen stützte, ist umstritten. Ganz im Sinne

<sup>4</sup> Daten für Absatz: Garrett M. Graff (2016): „Wie Wie Big-Data-Startups die Prognosen zur US-Wahl revolutionieren“, in: wired.de / [www.bit.ly/2fic1yi](http://www.bit.ly/2fic1yi)

seiner "Post-Truth"-Politik spielten Vorhersagen eine nachgeordnete Rolle. Die Republikaner haben, im Gegensatz zu den Demokraten, keinen eigenen Datenpool entwickelt.

Neben klassischen Umfrage-Instituten und Start-Ups, prognostizieren immer häufiger Systeme künstlicher Intelligenz Wahlausgänge. Das System MogIA lag bereits bei den letzten drei US-Wahlen richtig. 2016 sagte es voraus, dass Trump die Wahlen gewinnen würde. Dafür analysiert es 20 Millionen Datenpunkte von Online-Plattformen wie Google, Facebook, Twitter und Youtube. Durch die relativ gute Zugänglichkeit von Social Media wird Data Mining in diesem Bereich immer bedeutender.<sup>5</sup> Politisch ist diese Entwicklung nicht unproblematisch. Die Mathematikerin Cathy O'Neil weist darauf hin, dass Systeme künstlicher Intelligenz und Algorithmen massenweise Daten nur nach alten Mustern durchforsten können. Auf die Gesellschaft übertragen heißt das, sie stabilisieren die herrschenden Verhältnisse.<sup>6</sup>

Außerdem analysieren sie Debatten, die massiv durch Social Bots massiv beeinflusst werden. Wenn sich Parteien und Politiker\_innen in ihren Wahlkämpfen zu sehr auf das Data Mining verlassen, laufen sie Gefahr, sich an Debatten zu orientieren, die in den sozialen Medien von solchen „Meinungsrobotern“ mitbestimmt werden. Zusammengedacht mit Forschungsergebnissen, die zeigen, dass Politiker\_innen ihre Wähler\_innen für konservativer halten als sie es sind, trägt die polarisierende Wirkung von Social Bots vor allem dazu bei, dass progressive Positionen, die Demokratie und sozialen Zusammenhalt fördern wollen, weiter an den Rand gedrängt.

Im US-Wahlkampf hatten sowohl Trump als auch Clinton Social Bots eingesetzt. Nach einer Studie der Oxford University wurde nach der ersten TV-Debatte am 26. September mehr als jeder dritte Tweet (37,2 Prozent) zur Unterstützung von Trump von einem Software-Roboter abgesetzt. Auch seine Widersacherin Clinton profitierte von Bots. Bei ihr lag der Bot-Anteil allerdings nur bei 22,3 Prozent. (In Deutschland sind vergleichbare Entwicklungen absehbar: Die AfD hat für den Bundestagswahlkampf 2017 bereits angekündigt, Social Bots einsetzen zu wollen. AfD-Bundesvorstandsmitglied Alice Weidel gegenüber dem Spiegel: "Gerade für junge Parteien wie unsere sind Social-Media-Tools wichtige Instrumente, um unsere Positionen unter den Wählern zu verbreiten".<sup>7</sup> Im Gegensatz dazu wollen Union, SPD, Grüne, Linkspartei und FDP bislang noch keine Social Bots im Wahlkampf einsetzen.)

Um 2016 Trump zu verhindern, wurden die Online-Plattformen [www.trumptraders.org](http://www.trumptraders.org) und [www.makeminecount.org](http://www.makeminecount.org) gegründet. Aufgrund des Zwei-Parteien-Systems haben die Swing States besonders hohe Bedeutung. Auf trumptraders.org können Menschen ihre Stimmen tauschen. Wähler\_innen aus einem Swing State, die Trump nicht im Amt sehen möchten, sondern z.B. der Green Party zugeneigt sind, tauschen mit einer Person aus einem wahrscheinlich an die Demokraten gehenden Bundesstaat die Stimme. Insgesamt haben mehr als 45.000 Menschen ihre Stimmen auf der Plattform trumptraders.org getauscht. Nicht genug, um den Ausgang der Wahl in ihrem Sinne zu beeinflussen.<sup>8</sup>

Aber auch die neueren Umfrage-Methoden der Verhaltensökonomie können Elitenkritik und die Wirkung vermeintlicher Ehrlichkeit durch Populisten nur schwerlich erfassen. Kurioserweise erklärt das arbeitgebernahe Institut IW das Verhalten im US-Wahlkampf mit einem verhaltensökonomischen Ansatz. Sie unterstellen darin dem Wahlpublikum von Trump eine simplifizierende Haltung. Aber vielleicht ist ja gerade dieser Blick auf die subjektiven Nöte und die soziale Situation der Menschen vereinfachend.

## 6 Ausgewählte Reaktionen aus Presse und Politik

Es gab am Wahltag nach den ersten Ergebnissen Ausschreitungen in Oakland (Kalifornien), wo Demonstranten Wahlplakate von Trump anzündeten und einige Geschäfte von Trump-Anhängern plünderten. Am Tag nach der Wahl gab es viele Demonstrationen mit dem Motto „Not my President“ in großen amerikanischen Städten, die zu den Rathäusern oder Trump-Gebäuden führten. Nach den ersten Hochrechnungen brach die kanadische „Einwanderungshomepage“ aufgrund zu vieler Aufrufe zusammen.

---

5 Arjun Kharpal (2016): "Trump will win the election and is more popular than Obama in 2008, AI system finds", in: cnbc.com / [www.cnb.cx/2eOULmt](http://www.cnb.cx/2eOULmt)

6 Ingo Arzt (2016): „Das Silicon Valley weiß, wen du wählst“, in: taz.de / [www.bit.ly/2ffew6g](http://www.bit.ly/2ffew6g)

7 <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/afd-will-im-wahlkampf-social-bots-einsetzen-a-1117707.html>

8 Gwyn Guilford (2016): "A former Tesla executive is behind an algorithm that helps people swap votes in the US election", in: qz.com / [www.bit.ly/2e82VGX](http://www.bit.ly/2e82VGX)



Der Tag nach der US-Präsidentschaftswahl war für viele Menschen weltweit ernüchternd. Die Umfrageinstitute hielten einen Sieg von Clinton für sehr wahrscheinlich. Der populistische, destruktive, von Rassismus und Sexismus getriebene Wahlkampf Trumps hat viele hoffen lassen, dass er das Rennen um das Weiße Haus nicht gewinnen würde.

Die Bundeskanzlerin Merkel verwies in ihrer nüchternen Gratulation auf die westlichen Werte. Inzwischen hat sie mit Donald Trump telefoniert. Der russische Präsident Putin zählte zu den ersten Gratulanten mit der Hoffnung auf eine „konstruktive Zusammenarbeit“. Erst 18 Stunden nach dem Wahlerfolg von Trump gratulierte der mexikanische Regierungschef und betonte seine Kooperationsbereitschaft. Mexikos Wirtschaft leidet am stärksten unter dem Wahlergebnis, denn der Peso erlitt einen massiven Kursabstieg. Grundsätzlich haben sich schon Kanada und Mexiko bereit erklärt in neue NAFTA-Verhandlungen, wie Trump sie angekündigt hat, einzutreten. Viele rechtspopulistische Parteivorsitzende aus Europa begrüßten Trumps Sieg nahezu euphorisch.

Katrin Göring-Eckart (Bündnis / Die Grünen) schrieb nach der Wahl: „Mit Donald Trump ist eine reibungslose Fortsetzung der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit nur schwer vorstellbar. Wir stehen vor großen Herausforderungen: Wie geht es weiter mit dem Klimaabkommen und anderen Errungenschaften der Obama-Administration? Wie steht ein Präsident Trump zur NATO? Wenn Donald Trump seine Ankündigungen in der Außenpolitik auch nur zum Teil wahr macht, dann könnten zentrale Eckpfeiler deutscher und europäischer Außenpolitik ins Wanken geraten. Seine Sympathien für Autokraten wie Wladimir Putin sind beängstigend. Zu hoffen bleibt, dass viele seiner Ankündigungen wahltaktisch motiviert waren.“

Sarah Wagenknecht (Die Linke) kommentierte die Wahl: „...wenn die Demokraten eine Kandidatin aufstellen, die für Establishment, für Korruption, für Weiter-so steht, dann ist das eben kein Angebot für die Abgehängten. Die Situation in den USA ist desaströs. Wir haben dort durchschnittliche Löhne, die sind tiefer als vor 40 Jahren. Wir haben eine unglaubliche soziale Kluft. Die ganzen Wachstumsgewinne sind in den Taschen der Reichsten gelandet.“

In den deutschen Medien ist fast durchgängig Erstaunen und Erschütterung über den Wahlausgang festzustellen. Außerdem ist die Debatte in den Medien geprägt durch die Beschäftigung mit den eigenen Fehlprognosen und eine starke Verunsicherung darüber, was der Sieg Trumps für die deutsche und europäische Politik bedeuten wird – für Wirtschaft, Klimaschutz, Menschenrechte und die politische Kultur generell.

*Zeit Online* schreibt: „Wir tragen Trauer. Menschenrechte, Umweltschutz, Weltpolitik: In einem Anfall geistiger Umnachtung hat Amerika seine Werte weggeworfen. Wie sollen wir das unseren Kindern erklären?“<sup>9</sup>

Die *Frankfurter Rundschau* titelt am 10.11.2016 „Keine Macht dem Trumpismus. In den USA hat der Nationalpopulismus gesiegt – jetzt sind alle Demokraten gefordert.“, denn Trump habe den Populist\_innen in Europa gezeigt, wie sie den Unmut vieler nutzen und etablierte Parteien schlagen können.

Am gleichen Tag lautet der Titel der *Süddeutschen Zeitung* „Trump's Triumph wühlt Europa auf“ und weist ebenso darauf hin, dass sich die Rechtspopulist\_innen in Europa im Aufwind sehen.

Und auch das *Handelsblatt* schlägt unter dem Titel „Der Aufstand“ einen ähnlichen Ton an und nennt den Sieg Trumps eine Demütigung für das gesamte westliche Politestablishment. Doch mit dem Verweis auf Ralf Dahrendorf stellt Handelsblatt-Herausgeber Gabor Steingart die Frage, ob der Populismus-Vorwurf nicht selbst populistisch sei und verunsicherte Wähler\_innen in die Arme von Populist\_innen treibe. Eine Lösung für die Frage bietet er nicht an. Nur den Verweis, dass wir uns einer gesellschaftlichen Debatte nicht verschließen können.

Der Autor und Journalist Thomas Frank schrieb im *Guardian*: „Die Wahl ist eine klare Reaktion auf die Elite, die verantwortlich ist für die neue *Shit-Job-Economy*. Das ist unzweifelhaft die falsche, politische Antwort.“ (Übersetzung K.L.)

### Die AfD zum Sieg Trumps

AfD-Vorsitzende Frauke Petry ließ nach dem Wahlsieg verlauten „Trump hat die Karten zur politischen Zeitenwende in der Hand“.<sup>10</sup> Durch seinen Wahlsieg erhalte „das vom politischen Establishment entmündigte Volk seine Stimme zurück“ und die „Mehrheit des amerikanischen Volkes [habe] landesweit den politischen Neuanfang, eine

<sup>9</sup> [www.zeit.de/index](http://www.zeit.de/index)

<sup>10</sup> <https://www.alternativefuer.de/petry-trump-hat-die-karten-zur-politischen-zeitenwende-in-der-hand/>

wirtschaftliche Erholung für die gebeutelte Mittelschicht und ein Ende der Spaltung des immer noch mächtigsten Landes der Welt“ gewählt.

Leif Erik Holm (AfD) kommentierte: "Das ist ein gutes Zeichen, wenn die Bürger sich so deutlich für einen Wechsel entscheiden und dem politischen Establishment eins auswischen."

Frauke Petry (AfD) schrieb in der *Jungen Freiheit* zur Wahl: „We want our country back‘ lautete seine zentrale Wahlkampfaußsage. Es war eine Kampfansage an die Eliten, die von der Globalisierung profitieren und sie hemmungslos vorantreiben zu Lasten und zum Schaden der einfachen Menschen. Es war eine Kampfansage gegen die schrankenlose Masseneinwanderung in die Staaten des Westens.“

Gute Chancen für eine positive Zusammenarbeit sieht sie in Sachen Ukraine und Syrien. Die Konflikte sollten gemeinsam mit Russland beendet werden. Zugleich spricht sie sich gegen „hegemoniale Ansprüche Amerikas in Europa“ und will eine Zusammenarbeit auf „Augenhöhe“ erreichen.

Aus Sicht der AfD macht der Sieg Trumps Hoffnung für Deutschland. Mit Blick auf die fehlerhaften Wahlprognosen in den USA, sollten sich die Wähler\_innen bei den kommenden Wahlen in Deutschland nicht entmutigen lassen und ihr Kreuz bei der AfD setzen. Denn, so Petry, „Ihre eigene Meinung zählt, auch wenn die politische Korrektheit den verordneten Konsens zur neuen Doktrin zu erheben scheint.“

Im gleichen Tenor positionierte sich der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen: „Genauso wie die AfD in Deutschland hat Trump es im US-Wahlkampf verstanden, die Sorgen und Nöte der Menschen aufzugreifen und klar und mutig die Missstände im Establishment anzuprangern. Das Establishment muss nun erkennen, dass man nicht auf Dauer am Volk vorbei regieren kann. Trump wurde zurecht für seinen Mut belohnt, sich gegen das System aufzulehnen und unbequeme Wahrheiten anzusprechen“.<sup>11</sup>

Quellen: Twitter @FraukePetry, @Beatrix\_vStorch, Stand 10.11.2016

The screenshot shows three tweets from Frauke Petry (@FraukePetry) posted on November 9, 2016. The first tweet, posted 17 minutes ago, reads: "Es ist bezeichnend, wie berufsempörte etablierte Politiker und Journalisten eine demokratische Wahl als Apokalypse verkaufen. #USAWahl2016\*". The second tweet, posted at 9:00 AM, reads: "Die Amerikaner haben sich für den politischen Neuanfang und gegen Filz/Korruption entschieden - diese Chance ist historisch. #Trump\*". The third tweet, also at 9:00 AM, reads: "Herzlichen Glückwunsch an den zukünftigen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Donald Trump. #USElection2016 #Trump #AfD\*".

The screenshot shows three tweets from Beatrix von Storch (@Beatrix\_vStorch) posted on November 9, 2016. The first tweet, at 9:00 AM, reads: "N Röttgen auf Inforadio: Trump habe gesagt, den Ausgleich mit Russland zu wollen. Das seien alles 'bedrohliche Äußerungen.' WIE BITTE?". The second tweet, at 9:00 AM, reads: "Während Trump schon versöhnt, spalten Maas und die SPD weiter. #unwürdig #SieLernenEsNie". It includes a quote from Heiko Maas (@HeikoMaas): "Wahl von #Trump ist bittere Warnung. Müssen Ursachen für Angst, Hass u Abschottung noch entschlossener bekämpfen #gegenhalten #USElection2016". The third tweet, at 9:00 AM, reads: "Herzlichen Glückwunsch Mr. Trump. Ein historischer Wahlerfolg! @realDonaldTrump".

## 7. Ausblick

Donald Trump hat einen ausnahmslos „brutalen“ Wahlkampf mit rassistischen und sexistischen Ressentiments betrieben. Das war beispiellos für einen politischen Repräsentanten, aber scheinbar nicht so weit entfernt von der

<sup>11</sup> <https://www.alternativefuer.de/meuthen-trumps-sieg-ist-gutes-signal-und-warnung-zugleich-2/>

gesellschaftlichen Stimmung im Land. Es bleibt nun genau zu beobachten, wie weit er im Amt ein derartiges, radikales Verhalten in Politik umsetzen wird und überhaupt will. Die *Checks and Balances* im amerikanischen System beinhalten auch ein vom Kongress zu initiiertes Amtsenthebungsverfahren für den Präsidenten.

Trump wird stark von den Republikanern im Kongress und der Partei abhängig sein. Nachdem sie dort die Mehrheit erlangt haben, besitzen sie eine Machtfülle, die sie sicherlich nicht durch einen Präsidenten, der sich jeder Kontrolle entzieht, gefährden wollen. Die Partei wird sein Kabinett wesentlich mitbestimmen und die Neubesetzung der politischen Apparate koordinieren. 3000-4000 Mitarbeiter werden im nächsten Jahr in den Ministerien und Behörden ausgetauscht. Um seine Vorstellungen zur Wahrung bzw. Wiederherstellung der ökonomischen Dominanz der USA (der Nasdaq fiel extrem nach seiner Wahl, stieg aber schnell wieder auf Normalniveau) zu verwirklichen, braucht Trump die Unterstützung von Wall Street und Militär – und wird deshalb auch deren Wünsche bei der Ämterbesetzung berücksichtigen müssen.

Bislang werden folgende Kandidat\_innen für sein Kabinett gehandelt:

**Secretary of State:**

John Bolton, former U.S. Ambassador to the UN / Sen. Bob Corker (R-TN) chair of the Senate Foreign Relations Committee / Newt Gingrich, former Speaker of the House / Richard Haass, President of the Council on Foreign Relations / Sen. Jeff Sessions (R-AL)

**Treasury Secretary:**

Steve Mnuchin, Goldman banker and Trump finance chair / JP Morgan Chase CEO Jamie Dimon, though he said he would not be interested / Rep. Jeb Hensarling (R-TX), chairman of the House Financial Services committee / Businessman Carl Icahn

**Secretary of Defense:**

Retired Lt. Gen. Mike Flynn, former Director of the Defense Intelligence Agency / Stephen Hadley, Assistant to the President for National Security Affairs under the George W. Bush Administration / Rep. Duncan Hunter (R-CA) / Sen. Jeff Sessions (R-AL) / Former Sen. Jim Talent (R-MO) / Former Sen. Jon Kyl (R-AZ)

**Attorney General:**

Former New York City Mayor Rudy Giuliani, pegged as top contender by Politico / New Jersey Gov. Chris Christie / Sen. Jeff Sessions (R-AL) / Pam Bondi, Attorney General of Florida

**Secretary of the Interior:**

Forrest Lucas, oilman / Jan Brewer, former Arizona Governor / Gov. Mary Fallin of Oklahoma / Robert Grady, venture capitalist / Harold Hamm, Oklahoma oilman / Rep. Cynthia Lummis (R-WY) / Former Alaska Gov. Sarah Palin / Donald Trump Jr. reportedly has interest in the job

**Secretary of Agriculture:**

Kansas Gov. Sam Brownback / Chuck Conner, CEO National Council of Farmer Cooperatives / Dave Heineman, former Governor of Nebraska / Sid Miller, Texas' Secretary of Agriculture / Former Georgia Gov. Sonny Perdue / Mike McCloskey, major dairy executive from Indiana / Bruce Rastetter, major GOP donor in Iowa / Kip Tom, farmer who ran unsuccessful Indiana congressional campaign / Don Villwock, president of Indiana Farm Bureau / Ted McKinney, director of Indiana Department of Agriculture

**Secretary of Commerce:**

New Jersey Gov. Chris Christie / Dan DiMicco, Former Nucor CEO and Trump trade adviser / Businessman Lew Eisenberg / Former Arkansas Gov. Mike Huckabee / Sen. David Perdue (R-GA) / Former Missouri Sen. Jim Talent / Wilbur Ross, billionaire investor & Trump economic adviser / Former Texas Governor Rick Perry

**Secretary of Labor:**

Victoria Lipnic, EEOC commissioner

**Secretary of Health and Human Services:**

Former New Jersey state Sen. Rich Bagger, though Politico calls the suggestion a "longer shot" / Ben Carson  
Former House Speaker Newt Gingrich / Florida Gov. Rick Scott

**Secretary of Energy:**

Venture Capitalist Robert Grady / Harold Hamm, Continental Resources CEO

**Secretary of Education:**

*Trump has suggested that the Department of Education will be reduced, if not completely dismantled, in his administration, but that has not diminished speculation.*

Ben Carson / William Evers, Hoover Institution fellow and senior advisor to Bush Administration's Secretary of Education

**Veterans Affairs:**

Rep. Jeff Miller (R-FL)

**Secretary of Homeland Security:**

New Jersey Gov. Chris Christie / Sheriff David Clarke of Milwaukee County / Rep. Michael McCaul (R-TX), House Homeland Security chair

**Chief of Staff:**

Reince Priebus, RNC Chairman, considered top contender according to BuzzFeed and NBC / Steve Bannon, Trump's campaign chief and executive chairman of Breitbart / Jared Kushner, Ivanka Trump's husband and owner of the New York Observer, was seen walking with Obama's Chief of Staff Denis McDonough, igniting speculation he might be in the running for the position under a Trump administration. / Former House Speaker Newt Gingrich / New Jersey Gov. Chris Christie / Rudy Giuliani / Reince Priebus

**White House Counsel:**

Donald McGahn, Trump campaign counsel

**Communications Director:**

Jason Miller, Trump campaign senior communications adviser / Hope Hicks, Trump campaign press secretary

**Press Secretary:**

Jason Miller - via CNN / Sean Spicer, RNC communications director

**RNC Chair:**

Corey Lewandowski, Trump's former campaign manager and current CNN contributor / David Bossie, Trump's deputy campaign manager

**Director of Office of Management and Budget:**

Sen. Jeff Sessions (R-AL)

**Environmental Protection Agency Administrator:**

Myron Ebell, an official at Competitive Enterprise Institute, who has running Trump's EPA working group / Robert Grady, venture capitalist / Joe Aiello, director, New Jersey Department of Environmental Protection's Division of Environmental Safety and Quality Assurance / Carol Comer, commissioner, Indiana Department of Environmental Management / Leslie Rutledge, Attorney General of Arkansas

**Das politische Programm**

Genauso widersprüchlich wie die Motive der Trump-Wähler sind, ist auch das politische Programm des neuen US-Präsidenten. Er will eine Reichensteuer einführen und für die gehobene Mittelklasse die Steuern senken. Er will ein umfassendes Infrastrukturprogramm anstoßen und zugleich in alter republikanischer Art den Staat zurückdrängen. Vermutlich wird Trump mit der republikanischen Mehrheit im Kongress als erstes die Gesundheitsreform (Obamacare) rückgängig machen oder zumindest zu einem zahnlosen Tiger umbauen. Wieweit er Freihandelsabkommen blockieren will, oder nur reformieren will, bleibt abzuwarten. Wenn er tatsächlich seine Ankündigungen bezüglich migrationsfeindlicher Gesetze und anderer autoritärer Vorhaben durchboxen will, wird

er nicht nur als isolierter Einzelgänger in Washington enden, sondern auch viele seiner Vorhaben vor dem *Supreme Court* blockiert sehen.

Die Wahl von Donald Trump hat vor dem Hintergrund seiner Ankündigungen im Wahlkampf die Weltöffentlichkeit schockiert. Es bleibt abzuwarten, inwieweit er überhaupt das eine oder andere umsetzen kann. Zumindest gab er sich seit der Wahl äußerst versöhnlich.

Diese Wahl hat das Rechtspopulismus-Thema ganz oben auf die Tagesordnung der politischen Agenda in Europa und den USA gehievt. Einfache Rezepte wird es nicht geben, aber Gewerkschaften und die arbeitnehmer-nahen Parteien sind extrem gefordert sich mit der abermals wahlentscheidenden Gruppe der abstiegsbedrohten, unteren Mittelschicht zu beschäftigen.

Denn diese allgemein diagnostizierte Repräsentationskrise im Westen wird nicht konfrontativ gelöst, im Gegenteil. Sie kann nur durch wiedergewonnenes Vertrauen in demokratische Politik und Politiker\_innen, durch gerechte (d.h. für die Allgemeinheit geltende) Sozialpolitik und dem Aufzeigen von Alternativen gelöst werden.